S 205 66F
ISSN 1432-0223

DAS FREIE FORUM

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 2 57. Jahrgang April/Mai/Juni 2017

Einladung zu unserem

GfP-Jahres-Kongreß 2017

25.–27. August 2017

Deutsche Identität – 500 Jahre nach Luther

Liebe Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für freie Publizistik!

Das Jahr 2017 steht – neben dem Dauerbrenner ›Flüchtlings‹-Krise – ganz im Zeichen zweier Themen, nämlich der Bundestagswahl, bei der sich die Hauptverantwortliche für die Massenzuwanderungsmisere in Mitteleuropa vom Volk einen weiteren Auftrag zum Weiterregieren erbittet, und der 500. Wiederkehr des Thesenanschlags des Reformators Martin Luther. Hängen diese beiden Ereignisse irgendwie miteinander zusammen? Auf den ersten Blick nicht. Doch bei genauer Betrachtung kann man Parallelen erkennen. Letzteres war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte, ersteres könnte auch ein solcher werden.

Zu diesem Generalthema sprechen bei der GfP-Tagung die pensionierten Bundeswehroffiziere General **Gerd Schultze-Rhonhof** und Oberstleutnant **Alfred Zips**, der Düsseldorfer Rechtsanwalt **Dr. Björn Clemens**, der Buchautor **Dr. Mario Kandil**, der Publizist **Peter Meier** und der ehemalige FPÖ-EU-Abgeordnete **Andreas Mölzer**. Den Huttenpreis 2017 erhält der in Kanada ansässige Publizist **James Bacque.**

Ich freue mich auf Ihren zahlreichen Besuch und bin mit besten Grüßen

Martin Pfeiffer GfP-Vorsitzender

Die Vorträge

RA Dr. Björn Clemens
Deutsche Identität im Jahre 500 nach Luther

Dr. Mario Kandil
Die ›deutsche Frage im Zeitraum 1945-1989. Ringen um Wiedervereinigung und Wahrung der nationalen Identität

Gerd Schultze-Rhonhof
Deutsche Politik und Tradition

Andreas Mölzer
200 Jahre deutsche Einheit – Am Anfang stand das Wartburgfest

Peter Meier
Luther, das Jahr 1517 und die Gegenreformation

Huttenpreisträger James Bacque – Würdigung

Alfred E. Zips, Laudatio auf den Huttenpreisträger

Das ausführliche Programm liegt bei!

Einladung zur Mitgliederversammlung
am Freitag, dem 25. August 2017, um 20.00 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Gedenken an die verstorbenen Mitglieder
3. Jahresbericht des Vorsitzenden
4. Jahresbericht des Schatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache zu Top 3–5
7. Anträge
8. Entschließungen
9. Verschiedenes

Etwaige Anträge zur Jahreshauptversammlung sind bis zum 15. August 2017 zu richten an

GfP-Sekretariat Margret Nickel
Klosterhof 4 37194 Wahlsburg

Mit freundlichen Grüßen

Martin Pfeiffer Vorsitzender

Bildersturm in der Bundeswehr?
Amputation einer Armee

Alfred E. Zips, Oberstleutnant (BW) a. D.

*»Den Charakter eines Volkes erkennt man daran,
wie es nach einem verlorenen Krieg
mit seinen Soldaten und den Opfern umgeht.«*

Charles de Gaulle

Nun ist es offenkundig: Die Bundeswehr hat ein Problem, und dieses Problem heißt Ursula von der Leyen. Nicht nur, weil unter ihrer ›Führung‹ diese Armee weiterhin im wahrsten Sinne des Wortes ›kaputtgespart‹ wird und die Zweifel immer lauter werden, ob sie ihren Schutz- und Verteidigungsauftrag überhaupt noch erfüllen kann. Diese Gründe allein sind mehr als ausreichend, von einer totalen Fehlbesetzung dieses überaus wichtigen Amtes zu sprechen. Immer mehr in Bedrängnis geraten, kommt der Ministerin nun ein verwirrter Oberleutnant namens Franco A. zu Hilfe, um von ihren schwerwiegenden Führungsdefiziten abzulenken. Unter der mehr als fadenscheinigen und vordergründigen Behauptung, es gäbe rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr, und mit der Inszenierung einer ›Säuberungsaktion‹ in den Kasernen ist es der Ministerin gelungen, Zeit zu gewinnen und von ihrem offenkundigen Versagen und dem eines Teils der verantwortlichen Generale und Admirale zunächst einmal abzulenken.

Mit Recht sorgt dieses Vorgehen in der Truppe für Unmut, Unverständnis und Ablehnung, nicht zuletzt aber auch für Verunsicherung. Das wird mehr als verständlich, nachdem nun das Ergebnis der von der Ministerin angeordneten ›Begehung‹ der Kasernen in die Öffentlichkeit drang. Dem Verteidigungsausschuß wurde inzwischen als Ergebnis dieser ›Säuberungsaktion‹ eine Liste mit gut 400 Einträgen vorgelegt. Bei deren Vorstellung wies der zuständige parlamentarische Staatssekretär, Markus Göbel, ausdrücklich auf den »höchst unterschiedlichen Detaillierungsgrad« und »das sehr breite Spektrum des Vorgefundenen« hin. Es entbehrt ja auch keineswegs einer geradezu skurrilen Lächerlich-



»Ministerin der politischen Selbstvertteidigung. Spatzenstörsender«. Karikatur von Götz Wiedenroth.



In den Räumen des Bundeswehrkrankenhauses in Westerstede wurde eine historische Rotkreuzflagge abgehängt, weil diese einen Truppenverbandplatz der Wehrmacht unweit des Reichstags kennzeichnete. Die Flagge war die letzte Rotkreuzflagge des Zweiten Weltkriegs in Berlin. Die *Junge Freiheit* berichtet, daß beim Ausbildungszentrum Infanterie in Hammelburg ein Wandbild von Generalfeldmarschall Erwin Rommel übermalt worden sei.

keit, wenn man sieht, was da an gefährlichen Relikten und Utensilien vor allem aus der Wehrmacht gefunden wurde: so z.B. ein Säbel (vermutlich aus napoleonischer Zeit!), eine Fettpresse aus der Wehrmacht sowie Fotos von Soldaten in Wehrmachtsuniformen, verschiedene Plastikmodelle von Panzern und Flugzeugen, ja sogar Fotos von Offizieren des Widerstandes, u. a. von Oberst Freiherr von Boeselager und General Henning von Treskow. Das läßt andererseits aber den Verdacht zu, daß hier manches auf die Spitze getrieben wird, um auf die Fallstricke hinzuweisen, die sich ergeben, wenn die politische Führung damit beginnt, die militärischen Traditionen einer Armee zu ›bereinigen‹ oder gar völlig umzudeuten.

Und genau hier zeigt sich das ganze Dilemma der Bundeswehr, deren politische Führung sich in geradezu paranoider Weise von unverzichtbaren Traditionen und Führungsgrundsätzen verabschieden will und solche sogar als überholt und überflüssig bezeichnet. Das Ziel dieser widerwärtigen und 200 000 Soldaten der Bundeswehr unter Generalverdacht stellenden Gesinnungsschnüffelei ist allzu durchsichtig: jedes auch noch so geringfügig erscheinende Indiz auf eine Traditionslinie zwischen Wehrmacht und Bundeswehr zu unterbinden. Eine abstoßende, aus niederen Motiven angeordnete Kampagne einer ihrem Amt nicht gewachsenen Ministerin?

Zur Erinnerung: Die Bundeswehr wurde 1955 gegründet unter der militärischen Führung und Verantwortung von zigtausenden Offizieren und Unteroffizieren der Wehrmacht. Die Führungsrichtlinien und -vorschriften, Ausbildungsziele und Führungsprinzipien entsprachen preußisch-deutscher Militärtradition einschließlich (!) denen der deutschen Wehrmacht. Wer aber, wie Frau von der Leyen, es zuläßt, die Geschichte eines Volkes zu kriminalisieren – und das gilt *sine qua non* auch für unverbrüchliche soldatische Traditionen –, der macht es krank.

Es ist eine Verhöhnung der von aller Welt bewunderten großartigen militärischen Leistungen der deutschen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges, die Niederlagen Deutschlands historisch, moralisch und politisch als Ergebnis von Schuld anzusehen und zu bewerten. Das hat beispielweise der britische Militärhistoriker Michael Reynolds mit folgenden Worten verdeutlicht:

> »Die deutschen Soldaten der Wehrmacht waren bewundernswert, dergleichen werden wir wohl niemals wiedersehen. . . Kriegsverbrechen waren niemals auf eine Seite beschränkt.«

Vernon Walters, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, hatte 1984 unser Volk zu Selbstbewußtsein und zum Stolz auf die eigene Geschichte aufgerufen:

»Vor den deutschen Soldaten ziehe ich meinen Hut. Ich habe bei Anzio und in der Normandie gegen Euch gekämpft und kann nur sagen: Eure Soldaten waren erstklassig. Was Ihr Deutsche braucht, ist mehr Selbstbewußtsein und Patriotismus. Ihr habt das Recht dazu! Ihr seid ein großes Volk, das der Welt unermeßliche Kunstschätze geschenkt hat und Ihr habt in der Wehrmacht eine Armee gehabt, die die Welt bewundert.«

Der britische Jurist und Parlamentarier Reginald Paget, Verteidiger von Manstein, meinte wörtlich:

»Der deutsche Soldat hat unter Verhältnissen von unvorstellbarer Grausamkeit seiner Gegner ein hohes Maß an Zurückhaltung und Disziplin bewiesen. Feldmarschall von Manstein wird für alle Zeiten das leuchtende Beispiel für die besten deutschen Charakterzüge bleiben: Mut, Standhaftigkeit und das, was die Römer ›gravitas‹ (Würde, Ehre) nennen.«



In der nach Helmut Schmidt benannten Bundeswehr-Universität Hamburg ist im Flur eines Studentenwohnheims ein Bild des früheren Bundeskanzlers, der ihn in Wehrmachtsuniform zeigt, entfernt worden; Schmidt war von 1939 bis 1945 Soldat und war zuletzt an der Westfront als Oberleutnant und Batteriechef eingesetzt. Die Abnahme rief scharfe Kritik in der Öffentlichkeit hervor. Nun hieß es am 14. 6. (*Der Spiegel*): »Schmidt darf wieder an die Wand«. Wie Helmut Schmidt einmal lapidar feststellte: »Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.«

Und im Jahre 2008 sagte der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Afghanistan etwas Ungeheuerliches:

»Wenn Ihr Deutsche uns ein Regiment Waffen SS schicken würdet, die in der Normandie so großartig gegen uns gekämpft hat, hätte ich die Taliban in einer Woche weggefegt.«

Und nicht zuletzt erinnere ich an dieser Stelle an eine Expertise des israelischen Generalstabes aus dem Jahre 1958. In einer Studie und Befragung von über 1000 (!) Militärexperten weltweit nahm diese eine Bewertung aller Armeen des Ersten und Zweiten Weltkrieges vor. Als tapferste und diszipliniertester Soldaten/Armeen wurden von den Israelis in beiden Kriegen die Deutschen ermittelt. Es folgten für den 1. WK die Franzosen, für den 2. WK die Japaner. Und als eine weit herausragende Eliteeinheit wurde für den 2. WK die Waffen SS genannt (*sic*).

Konrad Adenauer wußte, wovon er sprach, als er im deutschen Bundestag im Dezember 1952 eine Ehrenerklärung für alle Soldaten der Wehrmacht einschließlich der Waffen SS abgab. Dabei sah er es als eine besondere Aufgabe an, »die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen. . .«

Wer einen solchen Fundus an militärischer Tradition, soldatischen Tugenden und Leistungen ächtet, nimmt einer Truppe motivierende Vorbilder, auf die keine Armee verzichten kann. Deshalb hat in allen Ländern, auch und ganz besonders bei unseren NATO-Partnern, eine tiefgehende Traditionspflege höchste Priorität. Mit der gegenwärtigen ›Säuberungsaktion‹ wird die Bundeswehr jedoch auch in den Augen unserer Freunde der Lächerlichkeit, ja der Verachtung preisgegeben.

Alle Soldaten unserer Bundeswehr haben aber ein verbrieftes Recht auf eine positive Identität. Dazu gehört auch das Recht auf eine aufgeklärte Traditionspflege, also ein klares Bekenntnis zum besten und zum würdigen Erbe deutschen Soldatentums. Zu diesem Erbe zählen auch in erster Linie unsere tapferen, hochdekorierten Soldaten des Zweiten Weltkrieges und die Hochachtung, die diese bei allen unseren ehemaligen Gegnern fanden. Deshalb betrachte ich es als eine schamlose Verletzung der Ehre unserer Soldaten, wenn ein einzelner Verrückter genügt, sie unter Generalverdacht zu stellen.

Es ist höchste Zeit zurückzutreten, Frau Ministerin. Nehmen Sie sich ein Wort unseres großen Dichters Theodor Fontane zu Herzen, dann wird Ihnen ein solcher Entschluß etwas leichter fallen: »Zwischen Hochmut und Demut steht noch ein Drittes, dem das Leben gehört,und das ist Mut«

Und ganz persönlich gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß der bei Ihnen, Frau Ministerin, erkennbare Nationalmasochismus eines Tages an seine natürlichen Grenzen stößt und sich dann in Nichts auflöst. ■

Bosbach fordert, was die AfD seit zweieinhalb Jahren fordert

Zwei Drittel der ›Ausländer‹, die nach Deutschland kommen, haben keinen Paß. In der *Welt* (Online) vom 7. Juni 2017 fordert der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, der nicht mehr für den Bundestag kandidiert, ein härteres Durchgreifen in Form von Sicherheitsverschärfungen an den deutschen Grenzen. Ausländer mit ungeklärter Identität und Nationalität sollten nicht mehr einreisen dürfen, so Bosbach. »Die Zurückweisung an der Grenze bei ungeklärter Identität wäre ja keine völkerrechtlich unzulässige Rückschiebung in einen Verfolgerstaat«, da Deutschland schließlich »von sicheren, verfolgungsfreien Staaten umgeben« sei. Dafür brauche es auch »nur die konsequente Anwendung geltender Vorschriften«. Die inzwischen eingeführte obligatorische Abnahme von Fingerabdrücken reiche nicht aus, meinte Bosbach. Dadurch könne man nur einen »Dateiabgleich vornehmen« und damit eine »mögliche Personenidentität feststellen oder ausschließen, aber bei Identitätszweifeln nicht die zweifelsfrei richtige Identität ermitteln«. Das sind zweifellos eindeutige, honorige Worte, die man sich aber schon 2015 zu hören gewünscht hätte, als die Regierung Merkel und das Konglomerat CDU-CSU-SPD-Grüne-Linke massivst gegen Artikel 16a Abs. 2 des Gundgesetzes verstießen. Am Ende seiner politischen Laufbahn angelangt, kann Bosbach nun aus der Deckung kommen, ohne ›Konsequenzen‹ befürchten zu müssen.

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, spricht sich ebenfalls für schärfere Sicherheitsvorkehrungen aus und fordert unter anderem, daß Flüchtlinge bis zur eindeutigen Klärung ihrer Identität in speziellen Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland bleiben. Das muß anerkanntermaßen auch festgestellt werden. ■

AfD-Politiker auf dem Posten des Alterspräsidenten verhindert

Der Alterspräsident hat laut Geschäftsordnung des Bundestages die Aufgabe, die konstituierende Sitzung nach einer Bundestagswahl zu eröffnen und zu leiten, bis die Wahl des neuen Bundestagspräsidenten vollzogen ist und dieser sein Amt antreten kann. In der Regel hält der Alterspräsident vor dem Plenum eine Eröffnungsrede. Bislang entschieden die Lebensjahre, welcher Parlamentarier Alterspräsident wurde. Im März 2017 fiel dem amtierenden Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) ein, daß nach der Bundestagswahl im September ein ›Rechtspopulist‹ die erste Sitzung des Parlaments eröffnen könnte. Für ihn und andere ein Unding. Nach der bisherigen Regelung wäre vermutlich der 77jährige niedersächsische AfD-Politiker Wilhelm von Gottberg, der früher CDU-Mitglied und bis 2012 Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen war, aussichtsreichster Kandidat gewesen. Und selbst wenn die AfD bei der Bundestagswahl weniger gut abschneiden würde, fiele das Amt dem etwas jüngeren Brandenburger AfD-Fraktionschef Alexanderr Gauland (Jahrgang 1941) zu, der einen besseren Listenplatz als von Gottberg hat.

Nun begab sich Norbert Lammert auf Anti-AfD-Mission und regte an, daß künftig derjenige Abgeordnete die Aufgabe übernimmt, der dem Bundestag am längsten angehört: Dienstjahre statt Lebensjahre. Nach dieser Regelung galt der 74jährige Wolfgang Schäuble (CDU) als Favorit. Immerhin zeigte sich dieser nach außen zurückhaltend. Im April äußerte er gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe: »Wer immer den nächsten Bundestag eröffnet: Ein Alterspräsident bringt unsere Demokratie nicht aus den Fugen. . . Es gibt Parlamente, in denen es Brauch ist, daß der erfahrenste Abgeordnete die erste Rede hält. . . Allerdings hat mit mir niemand darüber geredet, ob es klug ist, ein halbes Jahr vor der Wahl die Regeln zu ändern«.



Bundestagspräsident Norbert Lammert und Wolfgang Schäuble (beide CDU). Lammer meinte gegenüber der Wochenzeitung *die Zeit,* daß eine überschaubare Zahl von politischen Gruppierungen in einem Parlament »einen erheblichen Vorteil für die Handlungsfähigkeit und Nachvollziehbarkeit von Politik«.

In der Nacht zum 2. Juni 2017 stimmte der Bundestag für die neue Regelung zum Alterspräsidenten, was die frühere CDU-Politikerin Erika Steinbach als »Zeichen der Schwäche« sieht. Mit der Änderung solle sichergestellt werden, daß die erste Sitzung des neugewählten Bundestags von einem Abgeordneten mit ausreichender Erfahrung geführt werde, lautete die offizielle Begründung. Tatsächlich dürfte der Vorschlag allerdings darauf abzielen, einen AfD-Abgeordneten in dieser Rolle zu verhindern.

Die Linke enthielt sich bei der Abstimmung, während die Grünen sich ausdrücklich gegen die Reform wandten. Deren Fraktionsgeschäftsführerin Britta Haßelmann meinte: »Wir halten nichts davon, eine bewährte Regelung im Hauruck-Verfahren zum Ende einer Legislaturperiode über Bord zu werfen.« So werde der Eindruck erweckt, es gebe einen Zusammenhang mit der anstehenden Wahl – womit sie recht hat.

Übrigens: Schon Ende März hatte die linke Wochenzeitung *Die Zeit* eine Kampagne gegen von Gottberg gestartet unter anderem mit dem Hinweis, daß er 2001 in einem Artikel für das *Ostpreußenblatt* den Holocaust als »wirksames Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte« bezeichnet hatte. ■

Ausnahmezustand in der Kölner Innenstadt

Zum Parteitag der AfD am 22. und 23. April 2017 in Köln hatten 50.000 Antifa-Aktivisten aus dem In- und Ausland ihr Erscheinen angekündigt. Schließlich konnten jedoch nur jeweils 5000 Aktivisten an beiden Veranstaltungstagen aufgeboten werden, die jedoch lauthals Sprüche skandierten (»Bunt statt bla!«) sowie laute Trommel- und Trillertöne von sich gaben.

Steine aus einem Kirchengarten, Schläge mit Holzlatten, Rauchbomben, Beschimpfungen von Besuchern des Parteitages oder deren Verfolgung belegten augenfällig, wie es um das Demokratieverständnis der Linken bestellt ist. Sogar *Spiegel online* war entrüstet und berichtete von rüden Kontrollen durch die Gegendemonstranten, die sogar das Vorzeigen von Ausweisen verlangten. Der *Spiegel*-Journalist Jan Fleischhauer schrieb am 24. April 2017:

> »Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht – und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden. . . Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müssten nicht nur über Demokratie reden, wir müssten wieder für sie streiten. »Demokratie ist die Staatsform der Mutigen«, sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, dass er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.«

4000 Polizisten waren im Einsatz. Schon vor dem offiziellen Beginn des AfD-Parteitags kam es zu Ausschreitungen. Ein Delegierte wurde von einem Vermummten mit einer Holzlatte angegriffen; dabei wurde ein Polizist, der dazwischen ging, verletzt. Gegenüber der Deutschen *Presse-Agentur* sagte Heiko Maas: »Friedliche Demonstrationen und Optimismus [*sic*] sind genau das richtige Signal gegen die Angstmacherei der Rechtspopulisten.«



Köln befand sich in einem bunten Ausnahmezustand, denn der AfD-Parteitag sollte blockiert werden.

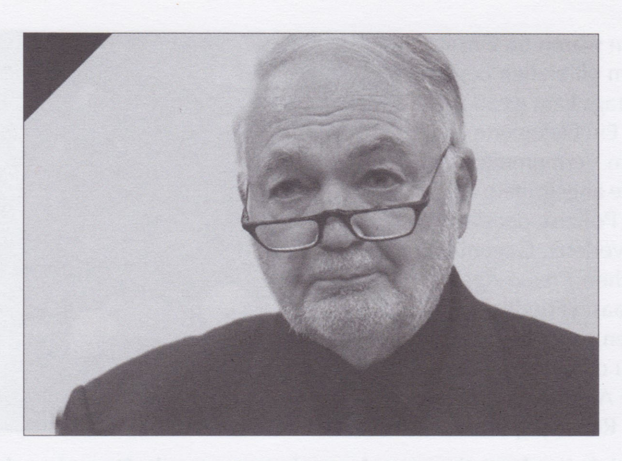
Bereits im Vorfeld des Parteitages waren Mitarbeiter des Hotels ›Maritim‹, wo der Parteitag stattfinden sollte, mit dem Tode bedroht worden; der Hoteldirektor traute sich nicht auf die Straße, weil die Polizei nicht für seine Sicherheit garantieren konnte. Ein großes Polizeiaufgebot von 4000 Polizisten und Straßensperren waren vonnöten, um einen sicheren Parteitag zu gewährleisten.

Offen und tolerant, wie es die Veranstalter der Gegenveranstaltung für sich reklamierten, waren allenfalls die Kölner Gastwirte: »Kein Kölsch für Nazis« war einerseits nach außen hin auf Spruchbändern vor Kneipen und auf Bierdeckeln zu lesen, während andererseits im Lokal das Geschäft mit Gästen des Parteitages gut lief.

150 Millionen läßt sich der deutsche Staat den ›Kampf gegen rechts‹ kosten und zahlt darüber hinaus noch für Sondereinsätze der Polizei, die ohnehin chronisch unterbesetzt ist und eine Rekordzahl an Überstunden vor sich herschiebt; vom hohen Krankenstand, der aufgrund der Überbelastung herrscht, ganz zu schweigen.

■ A. B.

»Bin ich der Einzige, der es verstörend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg, wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt. . . Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalieren würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.« Jan Fleischhauer, in: *Spiegel.de*, 24. April 2017.



Richard Melisch verstorben

Völlig überraschend verstarb in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 2017 der in Wien ansässige Publizist und Nahostexperte Richard Melisch. Mit seinem 2003 im Tübinger Hohenrain-Verlag erschienenen Werk *Pulverfaß Nahost*, das längst vergriffen ist, wurde der 1934 als Sohn eines ehemaligen k.u.k. Offizier und einer Französin in Paris geborene Wahlwiener schlagartig im nationalen Lager berühmt. Seine Ausführungen über den Nahen Osten basierten weniger auf Quellenstudium als vielmehr auf persönlichen Eindrücken vor Ort, hatte er doch mehrere Jahrzehnte – unter anderem beruflich bedingt als Angestellter der österreichischen Fluglinie Austrian Airline (AUA) mit Sitz in Beirat, wo ihm die Vertretung für die arabischen Länder des Nahen Ostens übertragen wurde – dort gewohnt. Später machte er sich selbständig und bereiste diverse Staaten dieser Region.

Es folgten dann im selben Verlag die globalisierungskritischen Bücher *Der letzte Akt* und *Das Schweigen der glücklichen Sklaven*. Ende 2016 veröffentlichte er im Verlag Hohe Warte sein letztes Werk mit dem Titel *Das perfide Albion und seine amerikanischen Erben*. Bis zuletzt absolvierte er Vorträge im gesamten deutschen Raum. Sein letzter öffentlicher Auftrag war einen Tag vor seinem Tod in Wien, wo er beim Neuen Klub über die Lage im Nahen Osten und seine letzte Reise dorthin sprach. Dort wirkte er – wie eh und je – frisch und witzig. Es bleibt die Erinnerung an einen liebenswürdigen Menschen, der im Geiste jung geblieben war und mit seinem bescheidenen Wesen, seiner ruhigen Wiener Art und seinem vielfach verschmitzten Lächeln im Gesicht stets ein angenehmer Gesprächspartner war. Aus seinem Gesprächen mit Zeitzeugen wie Alois Brunner (in Damaskus) oder Wilhelm Höttl (im steirischen Altaussee) machte er kein Aufsehen, war er sich doch um die Brisanz der Aussagen dieser bedeutenden, im Dienste der SS stehenden Männer bewußt, sollten sie an die Öffentlichkeit geraten. ■

Druck auf Gastwirte unverändert stark

Wie schwer es politischen Organisationen oder Vereinigungen des rechten Spektrums, Räume für Veranstaltungen zu bekommen, davon kann auch unsere ›Gesellschaft für freie Publizistik‹ ein Lied singen.
Solche Räume hatte die AfD Schleswig-Holstein bei Sven Lohse, Gastwirt des ›Tivoli‹ in Aukrug bei Neumünster, gefunden und für Veranstaltungen gemietet. Dort eröffnete Frauke Petry am 3. März 2017 den Landtagswahlkampf der AfD; auch die Party in der Wahlnacht am 7. Mai wurde dort gefeiert. Nach der Veranstaltung des 3. März, die von zahlreichen Protesten begleitet gewesen sei, habe sich, so der Gastwirt gegenüber den *Kieler Nachrichten*, eine Spirale in Gang gesetzt. Es habe zahlreiche Attacken auf seinen Betrieb und ihn selbst gegeben. Eingangstüren wurden mit Parolen beschmiert, Pferdemist mit zerkleinerten AfD-Wahlplakaten vor der Tür abgeladen, Autoreifen zerstochen, woraufhin der Gastwirt Anzeige erstatette. Da sich Linksextremisten im Internet mit den Taten brüsten, vermutet die Polizei politische Motive. Festnahmen fanden jedoch nicht statt.
Die Folge: Lohse hat inzwischen seinen Gasthof geschlossen: »Wir haben die Schnauze gestrichen voll!« Lohse zeigt sich zugleich enttäuscht über das Demokratieverständnis seiner Gegner: »Im Namen der Demokratie« würden einige zu Mitteln greifen, die er nicht verstehen könne. Ein Land, das Kritik nicht vertrage, sei keine Demokratie mehr. Er stehe für ein Rederecht für alle. (Quelle: *Kieler Nachrichten,* 30. 5. 2017)
Unseres Wissens sind solche ›Aktionen‹ gegen die ›Alternative für Deutschland‹ (siehe auch die skandalösen Umstände, die den Parteitag der AfD in Köln begleitet haben) nicht öffentlich von den Altparteien gerügt worden.
Besonders pervers ist die Art und Weise, wie manche Medien den Kausalzusammenhang auf den Kopf stellten: *T-online* titelte beispielsweise in Umkehrung der Tatsachen am 31. 5.: »AfD-Auftritt von Frauke Petry ruiniert Lokal«. »Sven Lohse, ein Gastwirt aus Schleswig-Holstein, kommt ein Auftritt der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry in seinem Lokal offensichtlich teuer zu stehen.« ■

Zum Thema: Druck auf Gastwirte, in deren Räumen Ortsgruppen der AfD Veranstaltungen durchführen wollen. siehe www.freiewelt.net/…/spd-tendenz-zu-demokratiefeindlichen-exzessen-im-kampf-gege.27.11.15



Sven Lohses Lokal ›Tivoli‹ in Aukrug bei Neumünster.

Volksverhetzungsparagraph nicht grundsätzlich anwendbar?

Am 15. Februar 2017 stellte die Hamburger Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen ein Vorstandsmitglied des Türkischen Elternbunds Hamburg ein, der die Deutschen als »Köterrasse« bezeichnet hatte. Zur Begründung hieß es, beim Straftatbestand der Volksverhetzung müsse es sich »um eine Gruppe handeln, die als äußerlich erkennbare Einheit sich aus der Masse der inländischen Bevölkerung abhebt«, und das sei bei »allen Deutschen« nicht der Fall! Demnach sei der § 130 StGB bei Anstachelung zum Haß gegen das deutsche Volk als ganzes nicht anwendbar.

Nachfolgend möchten wir zwei aktuelle Fälle eindeutiger Volksverhetzung darlegen. Beim ersteren Fall beziehen wir uns auf einen Artikel in der letzten Ausgabe des *Euro-Kuriers* (Tübingen).

In seinem vor wenigen Wochen erschienenen neuen Buch *Das Endspiel* schrieb Claus Nordbruch: »Die erfolgreich umerzogenen Antideutschen können inzwischen öffentlich zur Vergewaltigung volksdeutscher Frauen aufrufen, gemeint sind damit ethnisch deutsche, biodeutsche oder autochthon deutsche Frauen und Mädchen, ohne hierfür von Passanten in passender Weise zur Rede gestellt oder von der Justiz zur Verantwortung gezogen zu werden.« Als Beispiel führt Nordbruch ein von der ›Antifa e.V.‹ 2015 auf Facebook veröffentlichtes Bild, das die Vergewaltigung einer Frau zeigt. Kommentiert wurde dieses mit Parolen wie »Für mehr Zwangsvergewaltigungen von Volksdeutschen!«, »still loving Volkstod« und »Für die Vernichtung rein-deutschen Erbgutes!«

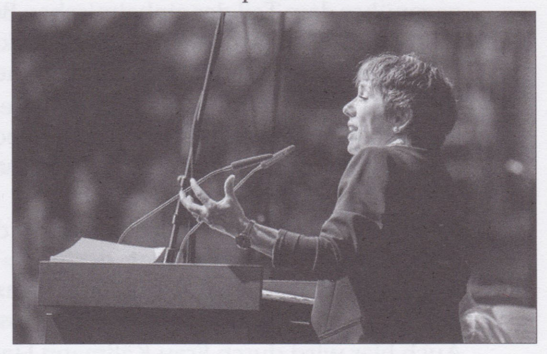


In einer Nachricht an die Redaktion des *Euro-Kuriers* meinte Heiko Spruth aus Apen-Augustfehn, der wie viele andere empört war und sich wegen des Verdachts der Volksverhetzung direkt an den Generalbundesanwalt gewandt hat: »M.E. müßte die Generalbundesanwaltschaft bei einem Offizialdelikt von sich aus tätig werden und die Anzeige von Amts wegen an die Ihres Erachtens zuständige Strafverfolgungsbehörde weiterleiten. Aber es wurde ja nur zur Vergewaltigung deutscher Frauen aufgerufen. Bei Ausländerinnen oder gar bei Jüdinnen wären diese Behörden wohl längst tätig geworden.«

Der Generalbundesanwalt antwortete ihm, er sei nicht zuständig, und gab ihm heim, Strafanzeige bei dessen zuständiger Staatsanwaltschaft zu erstatten. Daraufhin erstattete Heiko Spruth am 13. April 2017 bei der für seinen Wohnsitz

zuständigen Staatsanwaltschaft Oldenburg Anzeige. Dabei wies er auf ein am 3. April in Bonn geschehenes Sexualverbrechen (eine junge Frau wurde im Beisein ihres Freundes bei Bonn von einem Schwarzafrikaner vergewaltigt) hin und meinte, daß dieses Verbrechen ein zusätzlicher Anlaß sein dürfte, den Aufruf der ›Antifa e.V.‹ strafrechtlich zu verfolgen.Mit Schreiben vom 21. April teilte die Staatsanwaltschaft Oldenburg Herrn Spruth mit, daß das Ermittlungsverfahren gegen die Antifa e.V. (mit dem Tatvorwurf ›Volksverhetzung‹) unter der Geschäftsnummer NZS 600 Js 24828/17 geführt werde.

Nun zum zweiten Fall. Der hysterisch geführte ›Kampf gegen Rechts‹ erlebte am 25. Mai 2017 auf dem Kirchentag in Berlin einen neuen Höhepunkt. In einer Bibel-Arbeit (sic!) nahm sich die Theologin Margot Käßmann, die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und derzeitige Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017, ein sogenanntes ›Gedankenverbrechen‹ der AfD vor, die angesichts der verheerenden demographischen Entwicklung in Deutschland eine höhere Geburtenrate fordert. Diese Forderung entspreche dem »kleinen Arierparagraphen der Nationalsozialisten«, so Käßmann, die unter tosendem Beifall (die Gutmenschen heulen mit den Wölfen) meinte: »Zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern: ›Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht‹«! Das Internetportal »Journalistenwatch – Verein für Medienkritik und Gegenöffentlichkeit« (Jena) hat nach eigenen Angaben eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Beleidigung gestellt: Käßmann stachele zum Haß gegen deutsche Bevölkerungsgruppen auf, die keinen Migrationshintergrund haben.



Margit Käßmann beim Kirchentag. (Foto: Maik Meid/Flickr)

Wir zitieren im folgenden aus dem umfangreichen Text der Strafanzeige. Die Strafanzeige in Vollversion ist unter: www.journalistenwatch.com/2017/06/01/causa-kaessmann-die-strafanzeige-als-vollversion/ einsehbar.

> . . . Die Aussage: »Zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern: /Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht‹« läßt keinen anderen Schluß zu, als daß Frau Käßmann die Tatsache, daß man zwei deutsche Eltern und vier deutsche Großeltern hat, als Ursache dafür benennt, daß braunes Gedankengut verbreitet wird. Zudem wird die deutsche Elterngeneration und die Großelterngeneration pauschal als Ursprung nationalsozialistischen Unrechts diffamiert. Diese Aussage ist auch nicht anders zu verstehen, wenn man Frau Käßmanns Aussagen nur auf das Programm der AfD beziehen wollte. Auch dann bezeichnet sie diese »braunen« Themen als Ergebnis einer »rein« deutschen – oder wie Frau Käßmann es nennt – biodeutschen – Abstammung. Der Programmpunkt

wird herabwürdigend als »brauner Wind« bezeichnet und im Ergebnis als nationalsozialistisches, menschenverachtendes Gedankengut diffamiert, das dem »kleinen Arierparagraphen« entspricht. Daß es diesen Programmpunkt im heutigen Parteiprogramm gibt, daß also nach ihrer Meinung nationalsozialistisches, menschenverachtendes Gedankengut als politische Forderung formuliert wird, schiebt Frau Käßmann der deutschen Abstammung der Politiker zu, die diese Punkte vertreten. Man wüßte, woher der »braune Wind« weht, nämlich von den deutschen Großeltern und Eltern, die als »Biodeutsche« schlichtweg Nationalsozialisten sein müssen. . .

Diese Aussagen sind geeignet, die deutsche Bevölkerung zu spalten und Haß gegenüber dem Teil der einheimischen Bevölkerung anzustacheln, der auf deutsche Eltern und Großeltern zurückblicken kann. Gleichsam werden Deutsche mit Migrationshintergrund als »nicht heimisch« diffamiert.

Auch als Unterstellungen an die Mitglieder und Sympathisanten der AfD stellen sich die Aussagen als strafbar dar. Jeder, der das Programm unterstützt und mitverantwortet, wird von Frau Käßmann und ihren falschen Darstellungen diffamiert und verächtlich gemacht.

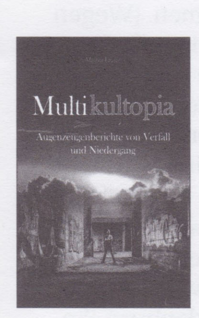
Im Ergebnis wird der Deutsche, der auf deutsche Eltern und Großeltern zurückblickt, als »Nazi« bezeichnet, der von »Nazis« abstamme, weshalb man auch gleich wüßte, warum er selbst dieser »Nazi« geworden ist. Diese Diffamierung ist und bleibt in jeder Schattierung und Abschwächung volksverhetzend.

Auch hier wird durch Frau Käßmann Haß gesät. Die Äußerung ist auch als politische Meinungsäußerung nicht mehr vom Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt. Zum einen beruft sich die Meinungsäußerungen auf falsche Belegtatsachen. Diese wurden von der Frau Käßmann selbst gefälscht und bewußt als falsche Tatsachenbehauptungen verbreitet. Denn die Reduzierung der »einheimischen Bevölkerung« auf Biodeutsche gemäß der nationalsozialistischen Propaganda wird der AfD von Frau Käßmann bewußt wahrheitswidrig als »Parteiprogramm« untergeschoben. Auf dieser Grundlage darf dann auch eine anschließende Meinungsäußerung sich nicht mehr auf den Schutz der Meinungsfreiheit berufen. . .

Wie nicht anders zu erwarten, nahmen Vertreter der evangelischen Kirche sofort die Theologin in Schutz. Käßmann sei Opfer einer Falschdarstellung und Ziel einer Kampagne in den Sozialen Medien geworden. Ihre Äußerung sei in den Sozialen Netzwerken aus dem Kontext gerissen worden usw. Dafür konterte der angesehene libanesische Regisseur Imad Karim Margot Käßmanns umstrittene Kirchentag-Rede mit den Worten: »Diesen ›Nazi‹, der in Ihrem Kopf geistert und vor dem ich seit 40 Jahren gewarnt werde, habe ich NICHT und NIE getroffen.« (unter: *Epoch Times*, 2. Juni 2017) AfD-Chef Jörg Meuthen befand über Käßmann: »Keine aufrichtige Christin. . . und fast schon krank«. Verärgert ist die AfD weiter über den Slogan »Unser Kreuz hat keine Haken«, unter dem auch die Kölner Kirchen im April gegen den dortigen AfD-Bundesparteitag demonstriert hatten. Man darf gespannt sein, was in beiden Fällen aus der Strafanzeige wird. Eines ist sicher: Immer mehr Bürger in diesem Land wollen sich nicht mehr alles gefallen lassen. ■

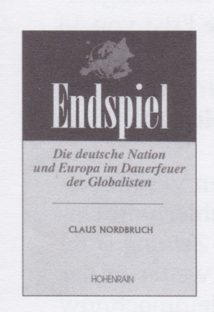
Wer wissen will, wie es derzeit um Land und Regierung bestellt ist, dem seien drei Bücher ans Herz gelegt: Martin Langte, *Multikultopia*, Claus Nordbruch, *Das Endspiel,* und die letzte Kongreßbroschüre der GfP: *Die neue Völkerwanderung.*

Martin Lange · **Multikultopia**



Der Autor ist Augenzeuge von Verfall und Niedergang und beschreibt den zur grauenhaften Realität gewordenen Wahnsinn der multikulturellen Gesellschaft in mitreißenden und zugleich frustrierenden Bildern. In *Multikultopia* spiegeln sich alle Facetten unserer verkommenen Gegenwart, des herrschenden Systems und seiner Opfer wider. Das Buch befaßt sich mit den Ursprüngen der heutigen Zustände in Deutschland und Europa. Es werden zahlreiche Wurzeln des Übels aufgedeckt und wieder in das kollektive Gedächtnis des Volkes zurückgeholt. Die Zustände von heute sind geplant und politisch gewollt. Die Ab-handlungen sollen ein Weckruf sein für den schläfrigen deutschen Michel und diejenigen, welche noch zuhören und in die gestaltbare Zukunft dieses Landes eingreifen wollen. *(168 S., geb., Abb. € 16.80)*

Claus Nordbruch · **Endspiel**



Wir leben in einer Zwischen-Zeit, in einer Epoche der völligen Neuordnung. ›Neue Unordnung‹ wäre eigentlich der zutreffendere Begriff. Die brüchige Gegenwartswirklichkeit, auf der Nachkriegsordnung aufgebaut, fällt wie ein von Termiten zerfressenes Holzgebäude in sich zusammen. Wesentliche Aspekte dieser Umwälzung unterzieht Nordbruch einer scharfen Kritik: die teils latente, teils offene Germanophobie, die zweite Entnazifizierung, mit deren Umsetzung die Deutschen zu Schuld und Sühne erzogen werden und ihre Identität vollends zu verlieren Gefahr laufen, die totale Umwertung aller Richtlinien, Normen und Werte, die vorherrschende Dekadenz und Volksverdummung, ein als krankhaft zu bezeichnender Genderwahn, der drohende ›Kulturozid‹ durch Islamisierung, die gescheiterte Integration kulturfremder Menschen im deutschen Lebensraum, die mediale, kulturelle und politische Gleichschaltung der Welt, die ausufernde Kontrolle über Geld und Meinung durch eindeutig bestimmbare Interessengruppen. (*352 S., Ln., Abb. € 22.80*)

GfP (Hg.) · **Die neue Völkerwanderung**



Was bedeutet die neue Völkerwanderung für uns Deutsche? Auf dem GfP-Kongreß 2016 nahmen Politiker aus Parlamenten von Wien bis Bonn sowie Publizisten zur Causa prima in Mitteleuropa Stellung und beleuchteten auch die rechtliche Seite. Was kann man dagegen tun, und wo sind politische Kräfte, die für eine Wende stehen? Die GfP-Broschüre gibt Aufschluß darüber. Texte von u.a. G. Sudholt, B. Schwipper, A. Zipp, W. Marinovic, J. Hübner. (*224 S., br. € 12.80)*

Tragödie um Horst Mahler

Wegen in Deutschland verbotener Meinungsäußerungen war Horst Mahler 2009 zu insgesamt 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. 2015 sollte der aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes haftverschonte Rechtsanwalt nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haftstrafe auf Bewährung freikommen. (Wegen unzureichender medizinischer Versorgung mußte ihm während seines Gefängnisaufenthaltes ein Bein amputiert werden). Anfang 2016 wurde die Aussetzung der Strafe zur Bewährung vom Oberlandesgericht Brandenburg allerdings wieder aufgehoben. Da dem Schwerkranken die Haftverschonung im April ausdrücklich widerrufen worden war, sollte er kürzlich zur Verbüßung seiner Resthaft erneut hinter Gitter.

Um dem neuerlichen Martyrium zu entgehen, setzte sich Mahler am 19. April 2017 nach Ungarn ab und beantragte politisches Asyl, nachdem er ein Video veröffentlicht hatte, in dem er seine Weigerung verkündete, die Haft wieder anzutreten. Am 15. Mai wurde er jedoch an der Grenze zu Ungarn in Ödenburg (Sopron) von den ungarischen Behörden in Gewahrsam genommen. Ein Auslieferungsantrag aus der Bundesrepublik lag inzwischen vor. Das Stadtgericht in Budapest entschied am 17. Mai, Mahler in vorläufige Abschiebehaft zu nehmen. Die zuständige Richterin stellte fest, daß der von der Staatsanwaltschaft in München ausgestellte Europäische Haftbefehl gegen Mahler kleinere Unstimmigkeiten enthalte, und setzte zu deren Klärung der deutschen Justiz eine Frist von 40 Tagen.

Verschiedene (Bitt-)Briefe an die ungarischen Behörden, darunter ein rührseliger Brief von Mahlers Frau an den ungarischen Botschafter in Berlin, blieben erfolglos.

Am 6. Juni entschied ein Budapester Gericht »in einem vereinfachten Verfahren« auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls, daß Horst Mahler von Ungarn an die deutschen Behörden ausgeliefert werde. Laut *Berliner Zeitung* (7.6.) soll Mahler nach seiner Auslieferung aus Ungarn seine Reststrafe weiter in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel verbüßen. Da er in Kleinmachnow gemeldet sei, gelte das Prinzip einer wohnortnahen Unterbringung weiter.

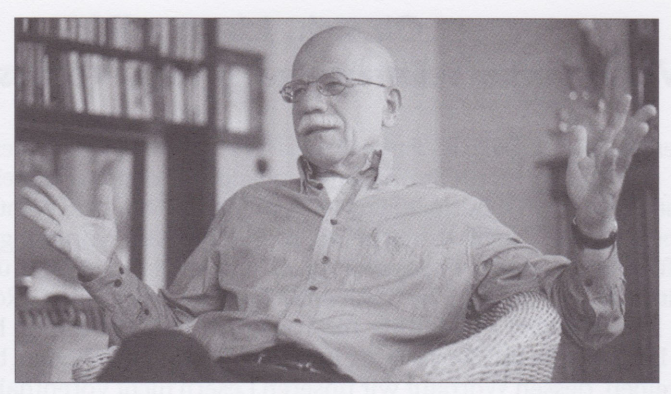
Am 8. Juni wurde ein weiteres Urteil in der Causa Mahler bekannt: Das Berliner Landgericht hat im Streit um die fristlose Kündigung eines Unterstützerkontos für Horst Mahler der Berliner Sparkasse Recht gegeben, die Bank müsse nicht dulden, daß das Konto der Strafvereitelung diene.

Durch die Auslieferung nach Deutschland droht Horst Mahler eine erneute Inhaftierung. Die Abschiebung wird all denen, die Hoffnung in Ungarn und Victor Orban gesetzt hatten, zweifellos ein Schlag ins Gesicht verpassen – hatte der ungarische Ministerpräsident im Frühjahr in einem persönlichen Brief an Karl Richter versichert, daß deutschen Patrioten in Ungarn ein Ort der sicheren Zuflucht vor Überfremdung, Islamisierung und politischer Verfolgung offenstehe. . . ■

Oh weh, ich mag IB!
Vorsorgliche Selbstanzeige an den Verfassungsschutz

In der letzten Ausgabe des *Freien Forums* (*FF*, 1/17, S. 14 f.) brachten wir einen Beitrag von Wolfgang Hübner im Zusammenhang mit den Streitigkeiten innerhalb des Vorstands der AfD. Darin meinte er: »Was jetzt zählt, sind nicht die Befindlichkeiten bestimmter Vorstandsmitglieder, sondern es zählt vorrangig die politische Zukunft Deutschlands und des deutschen Volkes.« Hübner, der über 15 Jahre lang Stadtrat in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (Römer) und zuletzt dort Fraktionschef der ›Bürger für Frankfurt‹ (BFF) war. Nun hat er in einem an das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen gerichteten bemerkenswerten Schreiben, dessen Wortlaut wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten, eine »vorsorgliche Selbstanzeige« erstattet (Quelle: *PI-News* vom 1. Juni 2017)

An das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Konrad-Adenauer-Ring 49
65187 Wiesbaden.
Sehr geehrte Damen und Herren,
in meiner staatsbürgerlichen Gewissensnot wende ich mich mit diesem Schreiben hilfesuchend an Sie. Denn ich hege einen schlimmen Verdacht gegen mich selbst: Bin ich etwa ein Verfassungsfeind? Auf jeden Fall sollten Sie mich künftig Ihrer fürsorglichen Beobachtung unterziehen. Denn ich muß Ihnen gestehen, daß ich die mir bekannten Aktionen der sogenannten »Identitären Bewegung« (IB) gut, ja großartig finde.
Was diese jungen Leute sich da immer wieder einfallen lassen, um die faktische Diktatur der »Politischen Korrektheit« zu denunzieren oder etablierte politische und gesellschaftliche Kräfte ebenso fantasievoll wie absolut gewaltfrei zu provozieren – das, ich muß es gestehen, gefällt mir einfach, sehr geehrte Damen und Herren vom Verfassungsschutz!
Um so entsetzter über diese meine Sympathie für die IB war ich deshalb, als ich kürzlich erfuhr, daß sich ein bekannter Funktionär der AfD in Bayern unter Beobachtung Ihrer verdienstvollen Behörde befindet, weil er sich wohlwollend über die Tätigkeit der IB geäußert haben soll. Nun bin ich zu meiner und sicher auch zu Ihrer Erleichterung weder ein bekannter noch ein unbekannter Funktionär, ja nicht einmal Mitglied der AfD. Populistischen Parteien wie CDU oder SPD gehöre ich auch nicht an, geschweige denn extremistischen Kräften wie den Grünen oder den Linken. Und ich habe mich bislang auch nie in der Öffentlichkeit positiv über die IB ausgelassen.
Aber wissen Sie was, geehrte Bürgerfreunde vom Verfassungsschutz? Bei mir besteht die echte Gefahr, daß ich irgendwann auch einmal die IB und ihre Aktionen vor Publikum lobe! Ich muß Ihnen, bitte behandeln Sie das aber streng unter



Der wortgewandte Wolfgang Hübner. In seiner Amtszeit im Frankfurter Stadtrat forderte er eine Zuwanderungsobergrenze für die Stadt Frankfurt. Foto: Franz Röth.

uns, ohnehin anvertrauen, auf der Facebook-Seite der IB den Eintrag »Gefällt mir« gemacht zu haben. Wie es zu dieser für meine weitere bürgerliche Existenz hoffentlich nicht verhängnisvollen Spontanhandlung kam?

Ganz einfach, ich las auf der FB-Seite der IB folgendes:

Die Identitäre Bewegung (IB) existiert seit 2012 und entstand ursprünglich in Frankreich. Als europaweite Jugendbewegung mit mehreren hundert Aktivisten ist sie Teil einer außerparlamentarisch handelnden Jugend, die auch in Deutschland aktiv ist. Es geht ihr um die Bewahrung der ethno-kulturellen Identitäten Europas. In klarer Abgrenzung zu einem unreflektierten Nationalismus stützt sich die IB dabei auf das Konzept des Ethnopluralismus. Als APO agiert sie gegen eine Politik der permanenten Krisen sowie der geistigen Verengung unserer demokratischen Gesellschaft. Sie will den politischen Diskurs weg von einer alternativlosen Politik der Globalisierung, Vermassung und konsumorientierten Individualisierung, wieder hin zu gelebter Demokratie und zu Heimatverbundenheit führen.

Sie können nicht verstehen, warum mich diese politische Selbstbeschreibung der IB vorteilhaft ansprach? Nun, ich will versuchen, es Ihnen verständlich zu machen. Ich hoffe jedoch, daß mir das nicht so gut gelingt, um Sie daran zweifeln zu lassen, ob meine Person Ihre aufmerksame Beobachtung überhaupt verdient.

Also: Die IB kommt aus Frankreich, das ist schon mal gut in meinen Augen. Denn aus Frankreich kommen gute Weine, das leckere Baguette und auch die besseren Filme. »Europaweite Jugendbewegung« – das ist auch toll, denn Europa ist sowieso gut. Und Jugend ist Zukunft, das ist selbstverständlich besonders gut. Beim Wort »außerparlamentarisch« ging mir gleich das Herz auf – so was dokumentiert doch echtes Bürgerengagement ohne Aussicht auf Diäten und Privilegien.

»Ethno-kulturelle Identitäten«, »Abgrenzung zu einem unreflektierten Nationalismus«, »Ethnopluralismus« – das hat, ich muß es gestehen, starken intellektuellen Eindruck auf mich gemacht. Denn offenbar will die IB all die vielfältig bunten kulturellen, sprachlichen und sittlichen Eigenheiten bzw. Eigenarten in

unserem schönen Europa schützen, zugleich aber verhindern, daß wir uns auf unserem kleinen Kontinent noch einmal gegenseitig verprügeln. Vielmehr sollen wir uns gegenseitig akzeptieren und tolerieren. Wie könnte ich zu solch vorbildlichen Zielen guten Gewissens meine Zustimmung verweigern? Das ist doch »Pulse of Europe« pur!
Die Abkürzung »APO« weckt in jemandem wie mir, der in jener wilden Zeit um 1968 in seinen besten jungen Jahren war, unweigerlich nostalgische Erinnerungen. Und gegen »permanente Krisen« und »die geistige Verengung unserer demokratischen Gesellschaft« fechte ich ohnehin schon mein ganzes politisches Leben lang. Wenn das die jungen Menschen von der IB nun auch tun, kann ich diese doch nicht tadeln, sondern muß sie vielmehr loben und preisen!
Ich weiß nicht, ob ich mit dem nächsten Bekenntnis den deutschen Außenhandelsüberschuß gefährde, aber egal: Die von der IB angeprangerte »Globalisierung« nutzt nun einmal vorrangig den großen Konzernen und ihren Profiteuren. Welchen Segen soll sie hingegen den sogenannten ‚kleinen Leuten', also der Masse der Menschen gebracht haben außer Zeitarbeit und prekären Existenzen? Und macht die »konsumorientierte Individualisierung« die Deutschen zu einem glücklicheren Volk? Meine Beobachtungen, denn außer Ihnen beobachte auch ich manchmal, lassen das nicht vermuten.
Gegen »gelebte Demokratie« dürften gerade Sie, sehr geehrte Damen und Herren vom Verfassungsschutz, keine Bedenken haben. Jedenfalls so lange nicht, wie sich diese »gelebte Demokratie« nicht darin äußert, politisch mißliebige Zeitgenossen am Betreten bestimmter Parteitage oder Parteiveranstaltungen hindern zu wollen oder gar die Autos von Menschen in Brand zu stecken, die andere Ansichten als diejenigen der Brandstifter haben. Doch über diese alltäglichen Zwischenfälle in unserer real existierenden Demokratie sind Sie dienstlich gewiß bestens informiert. Denn so was beobachten Sie doch hoffentlich mit besonders scharfem Blick. Und daß sich die IB zur »Heimatverbundenheit« bekennt, gefällt mir auch. Schließlich haben wir ja alle eine emotionale Beziehung zur jeweiligen Heimat, zumal der Verfassungsschutz, der unsere Heimat im Grundgesetz schützt.
Kurzum: Ich kann in der Selbstcharakteristik der IB nichts feststellen, was in irgendeiner Weise Ihre Behörde zu Aktivitäten veranlassen sollte. Vielleicht liegt es aber an meiner jung gebliebenen Naivität bzw. altersbedingten Nachsichtigkeit, daß ich das Gefahrenpotential der IB für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht zu identifizieren vermag. Doch ich bin schließlich auch kein Spezialist wie Sie vom Verfassungsschutz.

Auf jeden Fall sollten Sie auf Menschen wie ich, denen doch ein ihnen selbst nicht erkennbares verfassungsgefährdendes Potential innewohnen könnte, mindestens ein hellwaches Auge haben. Ich sehe deshalb Ihrer künftigen Beobachtung demütig entgegen

und verbleibe erwartungsvoll mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr verbundener Wolfgang Hübner

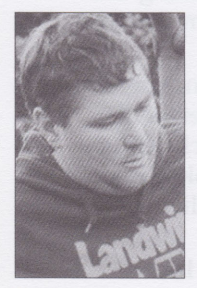
Kurzmeldungen



Erste Holocaust-Professur. Die bisher in Wien lehrende Historikerin Sybille Steinbacher ist am 17. Mai 2017 offiziell als Deutschlands erste Holocaust-Forscherin mit speziellem Lehrstuhl an der Frankfurter Goethe-Universität vorgestellt worden. »Gerade im Land der Täter darf es kein Vergessen geben«, betonte der hessische Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU). Einen Schlußstrich unter die Geschichte werde es in Deutschland nicht geben. Jeder neuen Generation stelle sich die Aufgabe, die Verantwortung für die Geschichte zu tragen – dies habe letztlich auch zur Entscheidung für die Einrichtung eines Holocaust-Lehrstuhls geführt. Nach Angaben des Ministeriums unterstützt das Land Hessen in diesem Jahr das Fritz-Bauer-Institut mit gut 375 000 Euro und finanziert die Holocaust-Professur mit weiteren 150 000 Euro. (Quelle: *Frankfurter Neue Presse)*



Alles Satire oder was? Die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel wollte vom *NDR* eine Unterlassungserklärung. Die Satiresendung »extra 3« hatte sie am 27. April als »Nazi-Schlampe« bezeichnet. Das Landgericht Hamburg lehnte ihre Forderung in allen Punkten ab. Das Gericht entschied am 17. Mai, daß es sich dabei um Satire handle, »die im konkreten Kontext der Äußerung von der Meinungsfreiheit gedeckt ist«. Der Sender hatte den Beitrag Ende April im Zusammenhang mit der Wahl Weidels zur AfD-Spitzenkandidatin gesendet. Der Moderator bezog sich in der umstrittenen Äußerung auf eine Rede Weidels, in der sie forderte, die »politische Korrektheit« gehöre auf »den Müllhaufen der Geschichte«. Die Entscheidung des Landgerichts ist noch nicht rechtskräftig. Der Bevollmächtige Weidels in dem Rechtsstreit kündigte laut Gericht bereits an, gegen die Zurückweisung des Antrags sofortige Beschwerde einzulegen. (Quelle: u.a. *Tagesschau, spiegel.de)*



Von oben: Sybille Steinbacher, Alice Weidel und Toni Pahlig.

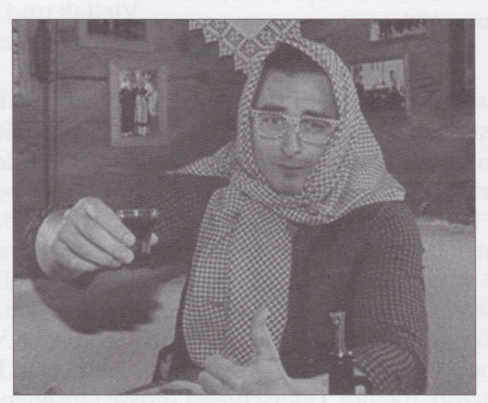
Vom Staat im Stich gelassen. Der Landwirt Toni Pahlig aus dem sächsischen Coswig wurde von der Polizei wegen Volksverhetzung vor Gericht gezerrt, weil er Asylbewerber, die seine Schafe stahlen und schächteten, auf Facebook als »Drecksvolk« bezeichnete. Die Diebe kamen unbehelligt davon, da nicht faßbar oder bereits in viel schwerere Straftaten verwickelt. Pahlig wurde am 9. Mai nur deshalb freigesprochen, weil er glaubhaft machen konnte, daß seine Äußerung sich auf bestimmte Schafsdiebe und nicht auf das Flüchtlingsvolk als ganzes bezog. Gegen den Freispruch hat die Staatsanwaltschaft am 16. Mai Rechtsmittel eingelegt.

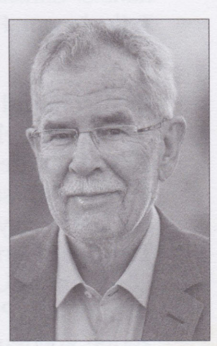
Sieverles Buch liegt den Qualitätsmedien schwer auf dem Magen. Seit 15 Jahren legen *Norddeutscher Rundfunk* und *Süddeutsche Zeitung*

(SZ) die Empfehlungsliste »Sachbücher des Monats«. Nun soll die Veröffentlichung eingestellt werden: eine »unzureichende und intransparente Nominierungspraxis« habe dazu geführt, daß das »rechtsextreme Pamphlet« (sic) *Finis Germania* des Historikers Rolf Peter Sieferle auf die Juni-Liste geriet. Sieferles Buch ist im zum Netzwerk der Neuen Rechten gehörenden Antaios Verlag (Schnellroda) erschienen; und da drückt eben der Schuh. Ancheinend hat nur ein einziger Juror, der *Spiegel*-Journalist Johannes Saltzwedel, *finis Germania* auf die Liste gebracht, und zwar durch die Akkumulation seiner Punkte. Saltzwedel habe das »sehr provokante Buch« nur zur Diskussion stellen wollen: »Man möchte über jeden Satz mit dem Autor diskutieren, so dicht und wütend schreibt er.« Sieferle, der im letzten Herbst Selbstmord beging, spricht nämlich schon in seinem Vorwort von einer »Umvolkung«, die »ethnisch-deutsche Bevölkerung« werde überwältigt. Sieferle selbst macht sich auch für eine Holocaust-Leugnung stark, Auschwitz wird als »Mythos« bezeichnet, die Juden würden »den Tätern und ihren Symbolen die Kraft ewiger Verworfenheit« zuschreiben. Saltzwedel rechtfertigte seine Entscheidung als »Votum gegen einen Zeitgeist, der die Preisgabe der europäischen und der deutschen Kultur zugunsten eines diffusen Weltbürgertums propagiert«. Lobenswert! (Quelle: u.a. *tagesspiegel.de*, 13. 6. 2017)

Zynismus pur. Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen (gern auch VdB genannt) gehört zweifellos nicht zu den großen Verfechtern der abendländischen Leitkultur, was er selbst während seiner Kampagne trotz geschickter Bemühungen nicht ganz zu vertuschen vermochte. In einem Interview im öffentlich-rechtlichen ORF hat er gemeint und angeregt, daß die österreichischen Frauen aus Solidaritätsgründen bald ein Kopftuch tragen sollten – mit einer haarsträubenden Begründung: Es würde schon soviel Islamophobie geben, daß diese solidarische Maßnahme jene Frauen unterstützen würde, die aus religiösen Gründen ein Tuch tragen (müßten). VdBs Kopftuch-Vorschlag wurde letzten Endes zum Eigentor: Die Beliebtheit von Bundespräsident Alexander Van der


Rolf Peter Sieferle (1949–2016) Foto: D. Ammann.


Andreas Gabaliers Antwort auf VdB.


Alexander Van der Bellen (1944–)

Bellen auf einem österreichischen Politbarometer war Ende April 2017 von 17 Prozent auf 3 Prozent abgestürzt. (Quelle: u.a. *welt.de*, 26. 4. 2017) Zuletzt heizte Volks-Rocksänger Andreas Gabalier die Stimmung mit einem Facebook-Post weiter an. Darin verspottet er VdB mit einem Foto, auf dem der Sänger mit einem Kopftuch zu sehen ist: »Aus Solidarität unseren Frauen gegenüber«, wie er schreibt.

Kunterbuntes Treiben in der österreichischen Hauptstadt. Am 17. Juni 2017 fand die 22. Ausgabe der Regenbogenparade in Wien statt. Insgesamt 185 000 Teilnehmer, ein Rekordbesuch, wollten sich die Parade zur »Gleichstellung von Homo- und Bisexuellen, Transgender- und intergeschlechtlichen Personen«nicht entgehen lassen. Der von der ›Homosexuellen Initiative‹ Wien (HOSI)) veranstaltete ›farbenfrohe‹ Umzug, der jährlich in Wien auf der Ringstraße durchgeführt wird, ist inzwischen längst zu einer politischen Demonstration geworden. Bei der Abschlußkundgebung auf dem Rathausplatz waren zahlreiche Spitzenpolitiker anwesend, unter anderem Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ), der 2016 als erster Regierungschef bei der Regenbogenparade aufgetreten war, Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek von den Grünen und NEOS-Chef Matthias Strolz. Von der Volkspartei und der FPÖ war übrigens kein Vertreter anwesend. In seiner Rede betonte Christian Kern den Fortschritt in der gesellschaftlichen Integration: »Das macht mir eine diebische Freude, daß ihr in der Mitte der Gesellschaft steht und das repräsentiert, was Österreich ausmacht: Buntheit, Vielfalt und Offenheit.« (Quelle: *Preie Presse* u. *Kleinezeitung*)



Kanzler Christian Kern mit zwei paradierenden Teilnehmern. Foto: APA.

Deutschland sichert 4,8 Millionen ›Jobs‹ in der EU. Über die sehr hohen deutschen Handelsüberschüsse, die 2016 2016 auf ein neues Rekordniveau von knapp 300 Milliarden Dollar gestiegen sind, hat sich US-Präsident Donald Trump seit seinem Amtsantritt mehrmals mit drastischen Worten beschwert. »The Germans are bad, very bad«, meinte er bei einem Treffen mit der EU-Spitze in Brüssel. Trumps oberster Wirtschaftsberater, Peter Navarro, warf Deutschland gar vor, USA und EU »auszubeuten«. In das gleiche Horn blies der EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici: Der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuß erzeuge »bedeutende wirtschaftliche und auch politische Verzerrungen für die gesamte Eurozone«, wirtschaftliche Ungleichgewichte. Und Europas große Hoffnung, Emmanuel Macron, meinte, Deutschland müsse einsehen, »daß seine wirtschaftliche Stärke in der jetzigen Ausprägung nicht tragbar ist«. Nun legte das Schwei-

zer Wirtschaftsforschungs- und Beratungsunternehmen ›Prognos‹ eine von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (VBW) in Auftrag gegebene Studie vor, die »die Mär von der angeblich für unsere Nachbarstaaten schädlichen deutschen Wettbewerbsfähigkeit« entkrafte. Demnach würde eine dynamische deutsche Nachfrage die Entwicklung in den Nachbarländern keineswegs bremsen, sondern vielmehr eine wichtige Triebfeder für deren Wachstum darstellen. Eine Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit hätte zur Folge, daß die Wirtschaftsleistung in der gesamten EU bis 2023 um 36 Milliarden Euro niedriger ausfallen könnte. Von der deutschen Importgüternachfrage profitieren demnach vor allem Deutschlands Anrainerstaaten. Hauptlieferanten seien die Niederlande, Frankreich und Belgien, gefolgt von Italien, Polen und Tschechien. Der Großteil der Importe entfällt auf den Bedarf der Industrie, 28 Prozent sind Konsumgüter. Allein in Polen hängen laut der Studie 890000 Arbeitsplätze von der deutschen Nachfrage ab, mehr als in jedem anderen EU-Staat. Insgesamt würde Deutschland laut Studie 4,8 Mio. Arbeitsplätze in der EU sichern. Im übrigen wird der US-EU-Zorn wohl auch darin gründen, daß Deutschland eines der Haupt-Hindernisse für ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. (Quelle: *spiegel.de*, 16. 6. 2017)



Nicht nur die Autoindustrie ist am enormen Handelsüberschuß maßgeblich beteiligt. Soll sich Deutschland entschuldigen? Foto: dpa.

Skandalöses Urteil gegen deutsche Rentnerin. Das Amtsgericht Hamburg-Barmbek hat am 27. Mai 2017 eine 78jährige wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 Euro verurteilt, weil diese einen farbigen Jungen als »Neger« bezeichnet hatte. Begründung: Die Beschimpfung wiege schwerer als der Ausdruck »Nutte«, mit dem der Elfjährige die Rentnerin zuvor belegt hatte. Staatsanwaltschaft und Verteidigung hatten auf Freispruch plädiert. Der Verteidiger zeigte sich nach dem Urteil entsetzt, das sei politische Rechtssprechung, seine Mandantin sei zuvor in ungehöriger Weise von dem Jungen beschimpft worden. Beide Beleidigungen hätten sich aufgehoben. Er prüfe den Gang in die Berufung. Zum Fall: Im Januar 2014 war Elke W. in Bramfeld auf ihrem Fahrrad unterwegs. Vor einer Schule habe Steven H. (Name geändert) auf dem Radweg gestanden, berichtete sie vor Gericht. »Er ist nicht zur Seite gegangen, obwohl ich mehrmals geklingelt habe.« Dann habe er gesagt: »Was willst du denn, du Nutte?« (Quelle: u.a. www.anonymousnews.ru/2017/06/17/nutte-gegen-neger-hamburger-gericht-faellt-skandaloeses-urteil-gegen-deutsche-rentnerin/

Hinweise und Mitteilungen

Der Kongreß 2017 findet im Herzen Deutschlands statt!

Für unseren diesjährigen Kongreß haben wir auch dieses Jahr wieder das Ihnen schon bekannte kleine, rustikale Hotel in Thüringen ausgewählt. Melden Sie sich möglichst bald an, da das Haus nur über eine beschränkte Anzahl von Betten verfügt. Es gibt gute Hotels in einem Umkreis von 10 km. Wir werden Ihnen nach Ihrer verbindlichen Anmeldung sofort eine Liste der umliegenden Häuser zuschicken, so daß Sie dann die Hotelbuchung durchführen können. **Das ausführliche Programm mit der Anmeldung liegt bei!**

Sekretariat: Gesellschaft für freie Publizistik
Klosterhof 4 37194 Wahlsburg
klosterhausverlag@gmx.de
www.gfp-netz.de und
www.facebook.com/Freie.Publizistik/

Fundstück des Monats



»Wir sollten den Terroristen mit Gebeten und Liebe begegnen«, meinte voller Ernst die frühere EKD-Ratspräsidentin **Margot Käßmann**, die damit auch in der Bedrohung durch islamistische Terroristen an der biblischen Botschaft festhalten will. Sie läßt offenbar kein Fettnäpfchen aus, war sie zuletzt beim diesjährigen Katholikentag in Berlin mit dem Ausspruch besonders aufgefallen: »»Zwei deutsche Eltern, vier deutsche Großeltern: ›Da weiß man, woher der braune Wind wirklich weht‹«! (siehe Bericht auf Seite 13)

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

Konto für Beiträge und Spenden:	IBAN:	DE08612901200393612007
	BIC:	GENODES1NUE

Beilagenhinweis: **Einladung zum Kongreß**
Prospekt der Klosterhaus-Buchhandlung

DAS FREIE FORUM

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Magister Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Bezugspreis je Heft 4 Euro für Nichtmitglieder. Für Mitglieder Bezugspreis im Beitrag enthalten. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 37194 Wahlsburg